

# Beschlußprotokoll

## Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 1

### Arbeit / Wirtschaft

Antrag Nr. 78/II/01 (vertagt vom LPT 07.04.01)

78/II/01

AsF Berlin

Erledigt

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich im Gesetzgebungsverfahren des Gesetzes zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes für folgende Ergänzung einzusetzen:

"Erweiterung des § 87 BetrVG

Abs. 1 Der Betriebsrat hat, soweit eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen: ...

Nr. 13 Regelungen über die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit ..."

# Beschlußprotokoll

Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 2

## Bauen / Wohnen

Antrag Nr. 01/II/02

AG 60 plus Berlin

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Gesellschaft hat alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alte Menschen grundsätzlich die Möglichkeit haben in ihrer vorhandenen Wohnung bleiben zu können. Die Wohnungseigentümer müssen verpflichtet werden notwendige Änderung in der Wohnung vorzunehmen oder gegebenenfalls sie zu dulden. Der Verbleib in der eigenen Wohnung ist für den Staat kostengünstiger als die Unterbringung in Heimen. Deshalb sollten einmalige, nicht rückzahlbare, Zuschüsse für diesen Zweck gezahlt werden. Neubauten im Mietwohnungsbau sollten grundsätzlich nur genehmigt werden, wenn sie so gestaltet sind, daß ohne Umbau ein Verbleib in der Wohnung auch im Alter möglich ist.

01/II/02

Überweisung an Wahlprogramm-Kommission / Bundestagswahl

**Bildung**

**Antrag Nr. 02/II/02**

**Juso-LDK**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Im Koalitionsvertrag muss die Aussage der SPD zur Abgeordnetenhauswahl 2001 im Bereich der Bildung trotz der schlechten finanziellen Lage Berlins nicht zu sparen, konsequent umgesetzt werden.

**02/II/02**

**Erledigt durch Koalitionsvereinbarung**

Das auf dem Landesparteitag am 07.04.2001 beschlossene Aktionsprogramm für die Berliner Schulen muss erkennbar umgesetzt werden. Wir brauchen moderne, an die gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasste Bildungseinrichtungen (Ganztagsschule, verlässliche Halbtagschule, etc.). Die Stärkung der Fremdsprachenkompetenz und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Kenntnisse aller Schülerinnen und Schüler muss in der kommenden Legislaturperiode erkennbar in den Schulen umgesetzt werden. Das Programm zur Sanierung der Berliner Schulbauten und Sportstätten muss weiter fortgeführt werden.

# Beschlußprotokoll

Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 4

## Bundeswehr

Antrag Nr. 03/II/02

KDV Reinickendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Wir sprechen uns für die Abschaffung der Wehrpflicht aus. Als Alternative zur Wehrpflicht schlagen wir eine Armee vor, die sich aus Berufs- und Zeitsoldaten zusammensetzt.

03/II/02

Überweisung an Landesvorstand zur Beschlußfassung

Empfehlung der AK:

Ablehnung

## **Finanzen**

**Antrag Nr. 80/II/01 (vertagt vom LPT 07.04.01)  
Abt. 10/Steglitz-Zehlendorf**

**80/II/01  
Erledigt durch Koalitionsvereinbarung**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Wir fordern den Berliner Senat auf, die Einfrierung der Finanzmittel für die entwicklungspolitischen Arbeitsgruppen sofort wieder aufzuheben. Die entwicklungspolitisch engagierten Vereine und Aktionsgruppen leisten einen wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag, der langfristig finanziell gefördert werden muß. Mittelkürzungen oder gar Mittelstreichungen sind ein Affront gegenüber Tausenden von Ehrenamtlichen, die sich in Solidarität mit den Entwicklungsländern einsetzen. 2001 soll das Jahr des Ehrenamtes sein. Dies steht im eklatanten Widerspruch zur Umsetzung der Sparvorschläge aus dem Scholz-Papier, die gegen ehrenamtliche Arbeit gerichtet sind.

**Antrag Nr. 04/II/02  
Juso-LDK**

**04/II/02  
Erledigt**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Sollte sich das Land Berlin um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 oder 2016 bewerben, sind alle Kosten für die nationale wie auch die internationale Bewerbung durch Sponsoren oder durch den Bund zu tragen.

Das neue Finanzloch des Landes Berlin lässt eine eigene Finanzierung der Bewerbung nicht zu.

### Gesundheit

Antrag Nr. 05/II/02

AG 60 plus Berlin

**Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Die zuständigen Gremien sind aufzufordern, dafür zu sorgen, dass die Vorsorgeuntersuchungen zur Feststellung des Grünen Stars (Glaukom) in Zukunft wieder kostenlos durchgeführt werden. Die jetzige Kostenübernahme durch die Patienten ist zurückzunehmen.

05/II/02

**Annahme i.d.F.d.AK:**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Vorsorgeuntersuchungen zur Feststellung des Grünen Stars (Glaukom) in Zukunft wieder kostenlos durchgeführt werden. Die jetzige Kostenübernahme durch die Patienten ist zurückzunehmen.

**Inneres und Recht**

**Antrag Nr. 70/II/01 (vertagt vom LPT 07.04.01)**  
**AsJ Berlin**

**70/II/01**  
**Überweisung an Landesvorstand zur Beschlußfassung**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß in § 26 Abs. 2 Satz 1 Landeswahlgesetz das Quorum von 50 v.H. auf unter 25 v.H. gesenkt wird. Außerdem soll die Regelung auf mehrstufige Beteiligung insoweit erstreckt werden, daß das Quorum auf keiner Stufe überschritten werden darf.

**Empfehlung der AK:**  
**Erledigt**

**Antrag Nr. 72/II/01 (vertagt vom LPT 07.04.01)**  
**AG Migration**

**72/II/01**  
**Vom Antragsteller zurückgezogen**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Berliner SPD lehnt eine Überprüfung bei den Einbürgerungen durch den Verfassungsschutz in Form der Regelanfrage ab.

**Antrag Nr. 06/II/02**  
**KDV Reinickendorf**

**06/II/02**  
**Überweisung an Landesvorstand zur Beschlußfassung**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Wir sprechen uns für eine Änderung von § 26 Abs. 2 S. 1 LwahlG aus.

**Empfehlung der AK:**  
**Erledigt**

In § 26 Abs. 2 S. 1 LwahlG soll hinter „... eines privatrechtlichen Unternehmens, an dem...“, eingefügt werden:  
„... oder an dessen beherrschenden Unternehmen...“, so dass § 26 Abs. 2 Satz 1 folgende Fassung erhalte:

„Mitglieder ... eines zur Geschäftsführung berufenen Organs... eines privatrechtlichen Unternehmens, an dem oder dessen beherrschendem Unternehmen das Land Berlin... maßgebliche beteiligt ist, können nicht zugleich dem Abgeordnetenhaus angehören.“

# Beschlußprotokoll

Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 8

## Jugend

Antrag Nr.07/II/02

Juso-LDK

07/II/02

Erledigt durch Koalitionsvereinbarung

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass wie im Landesgesetz nach § 15 KJHG vorgeschrieben, 10% des Landeshaushaltes für Jugendarbeit ausgegeben wird. Dies ist außerdem im Koalitionsvertrag festzuschreiben.



**Seniorenpolitik**

**Antrag Nr. 08/II/02**

**AG 60 plus Berlin**

**08/II/02**

**Überweisung an AH-Fraktion**

**Die Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin wird aufgefordert, ein Landesseniorengesetz auf der Grundlage des beigefügten Gesetzentwurfes des Arbeitskreises Berliner Senioren (ASB) vom 15. Juni 2001 zur Sicherung und Förderung der Rechte der älteren Generation im Land Berlin in das Landesparlament einzubringen.

Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin wird aufgefordert, die Bildung von Seniorenvertretungen in den Bezirken in die Landesverfassung aufzunehmen.

# Beschlußprotokoll

Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 10

## Soziales

Antrag Nr. 09/II/02

AG 60 plus Berlin

Die Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Pflegeeinrichtungen müssen so geführt werden, dass die zu Pflegenden je nach ihren Bedürfnissen betreut werden. Es darf an den älteren Menschen nicht gespart werden. Es müssen immer genügend Personal und Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein, dass die Betreuung heißt, satt und trocken, mehr geht nicht aus finanziellen Gründen.

09/II/02

Überweisung an Landesvorstand zur Beschlußfassung

**Empfehlung der AK:**

**Rücküberweisung an Antragsteller mit der Bitte um Konkretisierung**

## **Sport**

**Antrag Nr. 10/II/02**

**Abt. 7-8/ Charlottenburg-Wilmersdorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD Fraktion im AH und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich bei der Weiterentwicklung des Geländes am Olympiastadion dafür einzusetzen, daß das Gesamtareal auch zu einer Begegnungsstätte für die Junge Generation in Berlin, in Deutschland und in Europa entwickelt wird. Dazu soll eine Pilotprojektgruppe für generationenübergreifende Stadtentwicklungsplanung gegründet werden, die Vorschläge für Nutzungs- und Betriebsformen des Olympiageländes nach 2006 entwickeln soll. Die Organisation soll mit Hilfe der SPD, den Jusos, der Sportjugend des LSB sowie allen interessierten Jugendorganisationen des Landes Berlin durchgeführt werden. Das Konzept sollte einen bürgeroffenen, ganztägigen und ganzjährigen Betrieb vorsehen, der folgende Schwerpunkte haben soll:

- Sport, Gesundheit und Bewegungskultur.
- Einrichtung von Freiluft- und Hallenanlagen für den Freizeit- und Breitensport, zur Erholung und Gesundheitsförderung, für die Trendsportformen moderner städtischer Bewegungs- und Jugendkulturen sowie für die Fortentwicklung des Leistungssports im internationalen Wettbewerb.
- Plattform für das Leben in der Stadt.
- Einrichtungen für die Welt-Bewegungskulturen und der Spiel-, Sport- und Bewegungspräferenzen auch der ethnischen Gruppen in der Stadt Berlin.
- Nachhaltige Entwicklung.
- Gestaltung des Geländes am Olympiastadion und des Murellentals nach den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 1) für ein städtisches Naherholungsgebiet.
- Begegnung, Bildung und Information.
- Einrichtungen für eine Jugendkultur- und Sportbegegnungsebene (lokal, regional und europäisch), in denen bewegungsorientierte Bildungsarbeit stattfinden, Kulturveranstaltungen im Sinne der Europäischen Charta betrieben sowie sporthistorische Informations- und Forschungsarbeit geleistet werden soll (Dokumentationsstelle).

### Beteiligung, Realisation, Planungssicherheit

Im Planungs-beteiligungsverfahren für das Gelände am Olympiastadion sollen die finanziellen Voraussetzungen für Beteiligungsformen (Wettbewerb), die Jury und die Realisierung von Teilergebnissen sichergestellt werden.

### Gemeinnützigkeit und Wirtschaftlichkeit

Die Betriebsformen auf dem Olympiagelände sollen den Grundsätzen der Gemeinnützigkeit und der Gemeinwesenarbeit folgen. Eine totale Vermarktung und Formen der Renditebewirtschaftung werden abgelehnt. Formen der public-private-partnership sollen gefördert werden.

**Überweisung an Landesvorstand zur Beschlußfassung**

**Empfehlung der AK:**

**10/II/02**

**Erledigt durch Koalitionsvereinbarung**



# Beschlußprotokoll

Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 13

## Steuern

Antrag Nr. 11/II/02

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

11/II/02

Annahme

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Energiepolitik konsequent weiterbetreiben

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die bisher praktizierte Ökosteuer-Politik so weiter zu entwickeln, dass auch die Energie-Großverbraucher in der Industrie wie die chemische oder die metallverarbeitende Industrie zu höheren Beiträgen bei der Ökosteuer herangezogen werden, damit die im Grundsatzprogramm der SPD (Ökologische Erneuerung) vorgeschlagenen Wirkungen (... Das ökologische Schädliche muss teurer, das ökologisch Richtige ökonomisch vorteilhafter werden...) eintreten.

# Beschlußprotokoll

## Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 14

### Umwelt / Energie

**Antrag Nr. 75/II/01 (vertagt vom LPT 07.04.01)**

**FA X / Agenda 21**

**75/II/01**

**Überweisung an AH-Fraktion**

**Der Landesparteitag möge beschließen :**

Die Berliner SPD fordert nochmals nachdrücklich die Hierarchie der Abfallwirtschaft von Vermeidung, Verwertung und erst dann Beseitigung, entsprechend einer modernen, ökologischen Kreislaufwirtschaft, einzuhalten und fordert den Berliner Senat auf, hierfür entsprechende Abfallwirtschaftskonzepte (AWK) zu erstellen und für deren Umsetzung Sorge zu tragen.

Die Berliner SPD stellt zur Zufriedenheit fest, dass der Senat jetzt einen Entwurf eines Abfallwirtschaftsplanes (AWP) vorgelegt hat und dass darin die Abkehr von den Anfang der 90er Jahre vorgesehenen Müllverbrennungsanlagen (MVA) enthalten ist.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren werden aufgefordert Maßnahmen zur Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Anlagenplanung noch in diesem Jahr umzusetzen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert alle rechtlichen, insbesondere eigentumsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit sich die BSR aktiv an der Umsetzung der Planung beteiligt. Dabei ist sicherzustellen, dass ab dem 1.6.2005 keine unbehandelten Abfälle mehr deponiert werden und dass die Abfall-Entsorgungssicherheit für Berlin gewährleistet ist. Hierzu sollen auch Mechanisch-Biologische-Abfallbehandlungsanlagen (MBA) in Kooperation mit dem Land Brandenburg geprüft werden.

Die sozialdemokratischen Senatoren werden aufgefordert im Zuge von Verhandlungen mit u.a. IHK, Verbänden etc. abfallarme Produkte und Dienstleistungen im Land Berlin zu fördern.

**Antrag Nr. 12/II/02**

**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Energiepolitik konsequent durchsetzen!

Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit der Androhung drastischer Ordnungsstrafen auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen (z.B. Kraft-Wärme-Koppelungs-Gesetz) den großen Energie-Konzernen endlich den Weg in den fairen Wettbewerb mit alternativen, regenerativen Stromerzeugern zu weisen.

**12/II/02**

**Überweisung an BT-Fraktion**

## **Verkehr**

**Antrag Nr. 74/II/01 (vertagt vom LPT 07.04.01)**  
**KDV Spandau**

**74/II/01**  
**Erledigt**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD Spandau fordert die Sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin auf, sich gegen einen Ausbau des Flughafens Tempelhof auszusprechen. Die SPD bekennt sich klar und unmissverständlich zum Konsensbeschluss 1996 und zur Schließung der beiden Flughäfen Tegel und Tempelhof.

**Antrag Nr. 13/II/02**  
**AG 60 plus Berlin**

**13/II/02**  
**Überweisung an AH-Fraktion**

**Die Landesparteitag möge beschließen:**

Es ist dafür zu sorgen, dass bei der BVG sofort folgende Maßnahmen durchführt werden:

- Zwei Ausgänge auf allen Bahnhöfen müssen geschaffen werden.
- Rauchmelder müssen auf allen Strecken installiert werden.
- Sicherstellung von ausreichenden Fluchtwegen und Erleichterung deren Nutzung. Hierzu gehört auch die Einrichtung einer entsprechenden Zahl von Notausstiegen auf allen Strecken.
- Überprüfung der Technik der Türöffnung der U-Bahnwagen bei Stromausfall durch Brand.
- Installierung von Rauchabsaugungsgeräten.

**Antrag Nr. 14/II/02**  
**AG 60 plus Berlin**

**14/II/02**  
**Erledigt**

**Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Die Landesdelegiertenkonferenz der AG 60 plus ersucht den Landesparteitag der SPD Berlin, den Bundesparteitag der SPD, sich dafür einzusetzen, daß in ganz Deutschland Autobahngebühren für den gewerblichen Güterkraftverkehr eingeführt werden.

**Antrag Nr. 15/II/02**  
**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

**15/II/02**  
**Annahme**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD-Mitglieder des Senats werden aufgefordert, in den Bund-Länder-Gremien (Verkehrsministerkonferenz, Verkehrsausschuss des Bundesrates) initiativ zu werden hinsichtlich einer gesetzlichen Regelung, die die Halter von LKW verpflichtet, technische Einrichtungen zu schaffen, die sicherstellen, dass der sog. "tote Winkel" für rechts abbiegende Fahrzeuge beseitigt wird. Solange LKW nicht mit einer derartigen Einrichtung ausgerüstet sind, müssen auf LKW im innerstädtischen Verkehr immer Beifahrer mitfahren, die verpflichtet sind, sich bei Abbiegevorgängen davon zu überzeugen, dass andere Verkehrsteilnehmer - insbesondere Radfahrer - nicht gefährdet sind. Bei Verstößen gegen die vorstehenden Regelungen ist neben Strafbestimmungen für die Verantwortlichen die Stilllegung der LKW vorzusehen.

**Antrag Nr. 16/II/02**  
**Juso-LDK**

**16/II/02**  
**Überweisung an AH-Fraktion**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD setzt sich für eine schnellstmögliche verkehrliche

# Beschlußprotokoll

## Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 16

Anbindung des ABB-Geländes Wilhelmsruh (ehemals Ber-  
mann-Borsig) in der Trassenführung gemäß des Vorentwurfes  
des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes XIX-VE 8, auf den  
Teilflächen des ABB-Areals sowie den Teilflächen des ehema-  
ligen Mauerstreifens zwischen dem Nordgraben und dem  
Wilhelmsruher Damm im Bezirk Pankow von Berlin, Ortsteil  
Rosenthal und eine Teilfläche der Nordbahn (S-Bahntrasse  
Berlin-Oranienburg) im Bezirk Reinickendorf, Ortsteil Reini-  
ckendorf ein.

### Antrag Nr. 17/II/02

#### KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

##### Der Landesparteitag möge beschließen:

Sicherheit vor terroristischen Anschlägen auf den Luftverkehr  
Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Senatoren des  
Landes Berlin werden aufgefordert, geeignete Initiativen zu  
ergreifen, um die Sicherheit der Bevölkerung und der Passa-  
giere im Luftverkehr vor terroristischen Anschlägen zügig,  
deutlich und nachhaltig zu verbessern.

Die für Verkehr und Sicherheit zuständigen SPD-Senatoren  
werden aufgefordert, über die für Luftaufsicht und Luftsicher-  
heit zuständige Landesbehörde sowie über die Bund-Länder-  
Gremien dahingehend initiativ tätig zu werden, dass zukünftig  
eine lückenlose Handgepäckkontrolle gewährleistet wird. Es  
ist zu prüfen, inwieweit die Privatisierung der Flughafenkon-  
trollen, unzureichende Personalausstattung und Qualifikation  
des Kontrollpersonals zu den bisher festgestellten Mängeln  
geführt haben und wie die Fachaufsicht des Bundes und der  
Länder zu verbessern ist.

Die SPD-Senatoren werden ferner aufgefordert, sich in den  
Bund-Länder-Gremien (u.a. Verkehrsministerkonferenz, In-  
nenministerkonferenz, Bund-Länder-Arbeitskreis "Luftverkehr"  
) dafür einzusetzen, dass über die Bundesregierung bzw. über  
die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation **weltweit** auf allen  
Flughäfen ausreichende und einheitliche Sicherheitsstandards  
bei der Gepäck- und Passagierkontrolle ggf. durch Sanktionen  
durchgesetzt werden.

### Antrag Nr. 18/II/02

#### KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

##### Der Landesparteitag möge beschließen:

##### Der Bundesparteitag möge beschließen:

Ausweitung der Lkw- Maut auf das gesamte deutsche Stra-  
ßennetz

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür  
einzusetzen, dass die ab 1.1.2003 für Bundesautobahnen  
eingeführte streckenabhängige Abgabe (für Lkw ab 12 Ton-  
nen Achslast) nach dem Vorbild der Schweiz auf das gesamte  
Straßennetz ausgedehnt wird und das Gesetz im Laufe der  
nächsten Legislaturperiode entsprechend nachgebessert wird.  
Die Kommunen und Länder sind an den Mehreinnahmen zu  
beteiligen, damit sie entsprechend dem Verursacherprinzip  
den Instandhaltungsbedarf des kommunalen Straßennetzes  
(einschließlich Brücken und Gebäude, überwiegend verur-  
sacht durch den Schwerlastverkehr) finanzieren können und  
Ausweichreaktionen der Lkws auf bisher mautfreie Straßen  
der Innenstädte vermieden werden. Die Berliner SPD-  
Senatoren werden aufgefordert, sich dafür in den Bund-  
Länder-Gremien (Bundesrat, Verkehrsministerkonferenz)  
einzusetzen.

17/II/02

Erledigt durch Handeln der Bundesregierung

18/II/02

Überweisung an Landesvorstand zur Beschlußfassung

Empfehlung der AK:  
Überweisung an Wahlprogramm-Kommission / Bundes-  
tagswahl)





## **Organisation**

**Antrag Nr.19/II/02**

**19/II/02**

**Landesvorstand**

**Annahme**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**1. Der § 22a\* Absatz (1) des Organisationsstatuts wird neu gefasst:**

**Geheime Abstimmung:**

**Von 320 gewählten Delegierten waren 268 Delegierte anwesend; die erforderliche Mehrheit ist somit: 212.**

§ 22a\*

(1) Der Landesparteitag ist das höchste Beschlussorgan des Landesverbandes. Für die Wahlperiode 2002/2004 erhält jeder Kreis für 65 Mitglieder, für die in den vorangegangenen Geschäftsjahren Pflichtbeiträge abgeführt wurden, eine Delegierte bzw. einen Delegierten. Mit Beginn der Wahlperiode 2004/2006 erhält jeder Kreis für 75 Mitglieder, für die in den vorangegangenen Geschäftsjahren Pflichtbeiträge abgeführt wurden, einen Delegierten bzw. eine Delegierte.

**Abgegebene Stimmen 256**

**Davon gültig: 254**

**Mit ja stimmten: 218**

**Mit nein stimmten: 34**

**Enthaltungen: 2**

Abs. 2 entfällt, die weiteren Absätze werden entsprechend neu nummeriert.

**2. Die Übergangsbestimmungen des Landesverbandes erhalten eine neue Fassung:**

§ 41 e\*

(1) Für die Wahlperioden 2002 bis 2008 werden die Delegiertenmandate wie folgt auf die Kreise verteilt: Die Gesamtzahl der Landesparteitagsdelegierten wird nach §22a Abs. 1 für den gesamten Landesverband festgestellt. Danach werden 2/3 dieser Delegiertenzahl nach den Mitgliederzahlen der Kreise und 1/3 nach den Zweitstimmen der letzten Abgeordnetenhauswahl auf die Kreise verteilt.

(2) Abweichend von der Regelung des § 27b Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 können die Kreisdelegiertenversammlungen/ Kreisvollversammlungen für die Wahlperioden 2002 bis 2008 bis zu drei stellvertretenden Vorsitzende wählen. Die Kreisdelegiertenversammlungen/Kreisvollversammlungen haben über die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden vor der Wahl zu beschließen

**Antrag Nr. 20/II/02**

**20/II/02**

**Landesvorstand**

**Annahme**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der § 22a\* Absatz (3) des Organisationsstatuts wird ergänzt um die Buchstaben g) und h):

(3) Mit beratender Stimme gehören dem Landesparteitag an:

- a) die Mitglieder des Landesvorstands,
- b) die 20 von der Landesarbeiterkonferenz gewählten Gastdelegierten,
- c) die Landesrevisoren und -revisorinnen,
- d) die Mitglieder des Abgeordnetenhauses,
- e) die Vorsitzenden der auf Landesebene tätigen Arbeitsgemeinschaften,
- f) die Vorsitzenden der Fachausschüsse,
- g) **die Berliner Bundestagsabgeordneten,**
- h) **die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats.**

**Antrag Nr. 29/II/02**

**Ablehnung**

**AfB**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

§ 27 a: (1) Punkt 7 wird wie folgt geändert:

# Beschlußprotokoll

## Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 19

7. den Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften AG 60 plus, Jusos, ASF, AFA, AGS, Schwusos, der AG Migration und der AfB, die vom Landesparteitag in den Landesvorstand gewählt worden sind. Gleiches gilt für die Kreisvorstände.

### **Antrag Nr. 21/II/02**

#### **Abt. 5 und 11/ Treptow-Köpenick**

##### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Das Organisationsstatut der SPD Berlin ist mit Wirkung der Wahlperiode 2002/2003 so zu ändern, dass die Verteilung der Landesparteitagsdelegierten auf die Kreise, sich weiterhin, befristet bis zur Fusion mit Brandenburg, zu 50% nach der Mitgliedsabrechnung und zu 50% nach dem Wahlergebnis errechnet.

21/II/02

Erledigt durch Annahme Antrag Nr. 19/II/01

### **Antrag Nr. 71/II/01 (vertagt vom LPT 07.04.01)**

#### **AG Migration**

##### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der Landesparteitag appelliert an die Kreise und Abteilungen, bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für den deutschen Bundestag, für das Abgeordnetenhaus und für Bezirksverordnetenversammlungen Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund für Wahlkreise und für vordere Plätze in der Landesliste bzw. Bezirksliste zu berücksichtigen.

71/II/01

Ablehnung

### **Antrag Nr. 79/II/01 (vertagt vom LPT 07.04.01)**

#### **AsF Berlin**

##### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass bei allen Landesparteitagen eine paritätische Besetzung bei den politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten als auch bei Expertinnen und Experten (z.B. in Workshops, Foren etc.) gewährleistet ist.

79/II/01

##### **Annahme i.d.F.d.AK:**

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, bei allen Landesparteitagen die häufig unterschiedlichen Blickpunkte, Interessen und Lebensverhältnisse von Frauen und Männern in der politischen Gestaltung und Ausprägung angemessen zum Ausdruck zu bringen und fortan das Prinzip des Gender-Mainstreaming zu gewährleisten.

Der SPD-Landesvorstand wird weiterhin aufgefordert, bei allen Landesparteitagen die häufig unterschiedlichen Blickpunkte, Interessen und Lebensverhältnisse von Frauen und Männern in der politischen Gestaltung und Ausprägung angemessen zum Ausdruck zu bringen und fortan das Prinzip des Gender-Mainstreaming zu gewährleisten.

### **Antrag Nr. 22/II/02**

#### **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

##### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der Landesvorstand wird aufgefordert, rechtzeitig zur Vorbereitung des Bundesparteitags u.a. mit dem Thema "Sicherheit im Wandel" einen Landesparteitag einzuberufen bzw. die Diskussion des Themas auf einem stattfindenden LPT zu gewährleisten.

22/II/02

Erledigt

### **Antrag Nr. 23/II/02**

#### **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

##### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg fordert den Landesvorstand auf, zu geordneten und transparenten Antragsverfahren zurückzukehren. Dies schließt die rechtzeitige Versendung aller beratungsrelevanten Unterlagen zur breiten Diskussion in den Kreisen sowie einen ausreichenden Beratungszeitraum auf dem LPT ein.

23/II/02

##### **Annahme i.d.F.d.AK:**

Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf, zu geordneten und transparenten Antragsverfahren zurückzukehren. Dies schließt die rechtzeitige Versendung aller beratungsrelevanten Unterlagen zur breiten Diskussion in den Kreisen sowie einen ausreichenden Beratungszeitraum auf dem LPT ein.

### **Antrag Nr. 24/II/02**

#### **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

##### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

24/II/02

Überweisung in geänderter Fassung an die bereits bestehende Programm-Kommission des Landesverbandes

# Beschlußprotokoll

## Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 20

Der Landesvorstand wird aufgefordert, Grundsatzprogramme der Berliner SPD, seien sie allgemeiner Art - siehe Leitbild - seien sie thematischer Natur - siehe Bildungspolitik - von vornherein innerparteilich zu diskutieren und gemeinsam mit der Parteibasis unter Berücksichtigung demokratischer und repräsentativer Strukturen der Partei zu erarbeiten. Dementsprechend wird der Landesvorstand aufgefordert, in Abstimmung und unter geregelter Beteiligung von Parteimitgliedern aus den Kreisen eine Programmkommission zu berufen, die ein neues Programm für die Berliner SPD erarbeitet.

Dieses sollte u.a. folgende Aspekte berücksichtigen:

- eine inhaltliche Darstellung sozialdemokratischer Grundwerte,
- Wege wie soziale Einheit und Vergleichbarkeit der Lebensbedingungen in allen Bezirken angesichts der Haushaltslage hergestellt werden sollen,
- Mittel zur Entwicklung der demokratischen Gesellschaft,
- Positionen zur Immigration ,
- eine deutliche Absage an Rechtsextremismus.

### Antrag Nr. 24/II/02

#### AG 60 plus Berlin

##### Die Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand, die Kreisvorstände und Abteilungsvorstände werden aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass bei künftigen Kommunalwahlen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten die Älteren angemessen berücksichtigt werden.

### Antrag Nr. 25/II/02

#### KDV Friedrichshain-Kreuzberg

##### Der Landesparteitag möge beschließen:

Zur Stärkung der politischen Basisarbeit und zum Ausgleich der finanziellen Aufwendungen sollen je zur Hälfte die Kreise und die Abteilungen der Berliner SPD beginnend 2001 zu 4 % an der Wahlkampfkostenrückerstattung für das Berliner Abgeordnetenhaus beteiligt werden.

### Antrag Nr. 26/II/02

#### Abt. 9-5/Charlottenburg-Wilmersdorf

##### Der Landesparteitag möge beschließen:

##### Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der Bundesvorstand gibt auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag gesondert Rechenschaft über die Mitgliederbefragung zum Wahlprogramm 2002. Er wird insbesondere darlegen,

- 1) welche Kriterien er für die Abfassung der Fragen und zur Sicherung der Ergebnisoffenheit vorgegeben hat und wie er deren Einhaltung vor der Ausgabe der Fragebogen überprüft hat,
- 2) welcher Systematik die Fragen folgen, warum zu einzelnen Fragen keine Felder vorgesehen sind, in denen die Mitglieder eigene "wichtige" Punkte aufführen bzw. ergänzen können
- 3) wie politische Inhalte bei der Auswertung erfasst werden sollen,

und er wird dabei im jeweils gegebenen Zusammenhang auf die folgenden Einzelkritikpunkte eingehen (wobei sich diese im Wesentlichen auf die Prämisse stützen, dass der Wähler in

### Berlin:

Der Landesvorstand wird aufgefordert, Grundsatzprogramme der Berliner SPD, seien sie allgemeiner Art - siehe Leitbild - seien sie thematischer Natur - siehe Bildungspolitik - von vornherein innerparteilich zu diskutieren und gemeinsam mit der Parteibasis unter Berücksichtigung demokratischer und repräsentativer Strukturen der Partei zu erarbeiten.

Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- eine inhaltliche Darstellung sozialdemokratischer Grundwerte,
- Wege wie soziale Einheit und Vergleichbarkeit der Lebensbedingungen in allen Bezirken angesichts der Haushaltslage hergestellt werden sollen,
- Mittel zur Entwicklung der demokratischen Gesellschaft,
- Positionen zur Immigration ,
- eine deutliche Absage an Rechtsextremismus.

### 24/II/02

Vom Antragsteller zurückgezogen

### 25/II/02

Überweisung an Landesvorstand

### 26/II/02

Überweisung an Landesvorstand zur Beschlußfassung

Empfehlung der AK:

Nichtbefassung

## Beschlußprotokoll

### Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 21

einem Wahlprogramm die Nennung der Ziele der Partei auf den einzelnen Politikfeldern erwartet sowie die Festlegung darauf, welches Zwischenziel die Partei hierzu bis Ende der Legislaturperiode erreichen will):

#### Zu Frage 1 des Fragebogens

Gefragt wird, welche Ziele für die Regierungsarbeit dem Mitglied wichtig sind. Diese Abfrage der individuellen Befindlichkeit des Mitglieds lässt keinen Rückschluss darauf zu, welches Gewicht es den einzelnen Feldern allgemein und damit auch für die Behandlung in einem Wahlprogramm einräumt.

Die Beantwortung nach dem Wichtigkeitsgrad lässt nicht erkennen, welche Ziele das Mitglied für die Regierungsarbeit vorgeben möchte. Hierzu soll beispielhaft auf folgende Unterfragen eingegangen werden:

K: "Konsequente Sparpolitik zur Konsolidierung des Haushalts"

Jemand, der die Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Veranschlagung für selbstverständlich, aber gleichwohl für "sehr wichtig" hält, kann durchaus auch dafür sein, dass eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit zur Einnahmensteigerung (deren Wichtigkeit nicht abgefragt wird) konsequenter durchgesetzt wird.

S: "Verlässliche und verantwortungsvolle Außenpolitik"

Will jemand, der eine verantwortungsvolle Außenpolitik nicht nur für selbstverständlich, sondern auch noch für "sehr wichtig" hält, das Parlament zugunsten der Regierung entmachten?

Y: "Reformen für ein leistungsfähiges und bezahlbares Gesundheitswesen"

Will jemand, der die Effizienz des Gesundheitswesens für "sehr wichtig" hält, eine volle Rekonstruktion der solidarischen Krankheitsvorsorge als öffentliche Aufgabe oder wird mit dieser Antwort die Neigung zur Privatisierung des Gesundheitswesens unterstellt?

#### Zu Fragen 2 und 3 des Fragebogens

Hier werden - bis auf "Gerechtigkeit" (2 A), "Chancengleichheit und Leistung" (2 B) - Begriffe als "Leitlinien" und "Prinzipien" vorgestellt, die keine politischen Ziele bezeichnen, sondern lediglich Instrumente und Verfahrensweisen der Politikumsetzung oder sogar nur bloße Befindlichkeiten (Verantwortung und Vertrauen). Ob hier eine "Begriffsrangliste" gebildet werden soll (z.B. Vorrang von Führung vor Gerechtigkeit), liegt nach der Art der Frage nahe, wäre aber mit Blick auf die unterschiedliche inhaltliche Ebene der Begriffspaare unsinnig. Zudem entsteht der Eindruck, dass bislang eindeutig definierte Werte wie Gerechtigkeit und Chancengleichheit durch die vorgenommenen Koppelungen Ihres Sinnes entleert werden sollen

#### Zu Frage 4 des Fragebogens

Auch hier geht es um die Bildung einer individuellen Begriffsrangliste. Welche inhaltlichen Erkenntnisse sich aus den aufgeführten, weitgehend unspezifischen Begriffen für das Wahlprogramm ziehen lassen, bleibt bei einigen Punkten dunkel

# Beschlußprotokoll

## Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 22

(z.B. "Reformen", "Innovation", "Wirtschaftskompetenz" und "Kompromissbereitschaft").

### Zu Frage 6 des Fragebogens

Hier werden erstmals konkrete Maßnahmen zur Erreichung des politischen Ziels der Vollbeschäftigung abgefragt. Weitere Instrumente als die unter A - M Genannten werden nicht in die Betrachtung einbezogen. Hier hätte sich etwa die Nennung der generellen Kürzung der Wochenarbeitszeit angeboten; der Schluss liegt nahe, dass der Parteivorstand dieses Instrument in der nächsten Legislaturperiode nicht einsetzen möchte.

Unter E, F und M sind verschiedene Arbeitgeberforderungen aufgeführt, die nicht in Einklang mit dem Parteiprogramm stehen (weitere Lockerung des Kündigungsschutzes, Erweiterung von Befristungsmöglichkeiten, Ausdehnung der Leiharbeit). - Sollen diese tatsächlich in einen Wahlprogrammwurf übernommen werden.

### Zu Frage 7 des Fragebogens

In diesem Abschnitt zur Finanz- und Haushaltspolitik wird der Aspekt der Einnahmenerhöhung (etwa durch konsequente Umsetzung des Grundsatzes "Besteuerung nach Leistungsfähigkeit") gänzlich ausgeblendet. Damit stellt sich die Frage, ob dies eine Ausblendung für die nächste Legislaturperiode vorbereiten soll.

- Diese Vermutung wird genährt durch Frage 8, in der lediglich nach Steuerentlastungen für bestimmte Gruppen (z.B. D: "Wirtschaft insgesamt") gefragt wird.

### Zu Frage 10 des Fragebogens

Die Frage nach dem Reformbedarf im Bildungswesen lässt offen, welche Reforminhalte das Mitglied für wünschenswert hält. Die Kreuzchen bei "Reformen in der Grundschule" gibt demnach nichts über inhaltliche Reformziele im Bildungswesen her.

### Zu Frage 11 des Fragebogens

Die Frage zur Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur ist deutlich unter dem Niveau der Parteibasis, die weniger die Zeit bis zum Abitur, als vielmehr die in dieser Zeit zu vermittelnden Bildungsinhalte und die Rahmenbedingungen des Schulunterrichts interessiert (Ganztagsschule, Stundentafel, Jahrgangsstoff), aus denen sich dann die notwendige Schulzeit bis zum Abitur ableiten lässt. Zu diesen Rahmenbedingungen darf sich das Mitglied nicht äußern.

### Zu Frage 14 des Fragebogens

In Zusammenhang mit der Frage der staatlichen oder privaten Finanzierung von Bildungseinrichtungen stellt sich auch die Frage der privaten Trägerschaft und des Zwangs zur Anerkennung der Abschlusszertifikate privater Bildungsanbieter auf dem international agierenden Bildungsmarkt. Zu Letzteren hat das Mitglied keine Möglichkeit einer Äußerung.

### Zu Frage 15 des Fragebogens

Hier werden u.a. Maßnahmen abgefragt, deren Komplexität sich nicht mit einer Fragebogenaktion verträgt: Die Frage nach der Richtigkeit des Bettenabbaus (D) setzt voraus, dass dem befragten Mitglied die Zahlen der Krankenhausbedarfs-

## Beschlußprotokoll

### Landesparteitag der Berliner SPD am 16.02.2002

Seite 23

planung aller Länder als Grundlage für seine Antwort zur Verfügung stehen (etwa: Morbiditätsrate, durchschnittliche Behandlungsdauer, durchschnittliche Verweildauer).

Frage F gibt eine unzutreffende Sachverhaltsschilderung: Die Kassen übernehmen nach den Vorgaben des SGB V ohnehin nur die Kosten für Medikamente, deren Wirksamkeit in einem festgelegten Verfahren festgestellt worden ist. Die "Positivliste" führt dann lediglich die Preiswertesten auf und schließt so die nicht in die Liste Aufgenommenen von einer Kostenübernahme aus.

#### Zu Frage 21 des Fragebogens

Die Frage nach der Erhaltung des Asylrechts zu stellen, schließt die Bereitschaft ein, das Recht aufzuheben. Will sich eine künftige SPD-geführte Bundesregierung wirklich ernsthaft diesem - eine Grundgesetzänderung voraussetzenden - Ziel widmen (und warum)?

#### Zu Frage 28 des Fragebogens

Die Frage nach der künftigen Rolle der Vereinten Nationen - VN - ist für das Mitglied schwer interpretierbar. Eine Aufgabe der Mitgliedschaft in den VN wird wohl kaum verfolgt werden. Da es zur Pflicht der VN-Mitglieder gehört, die Führungsrolle der Vereinten Nationen in allen statutarisch maßgeblichen Konstellationen anerkennen, benötigt die künftige Bundesregierung an sich auch keinen nationalen Freibrief a là "uneingeschränkter Gefolgschaft gegenüber den USA" bei Aktionen, die nicht mit den völkerrechtlichen Bestimmungen und dem VN-Statut vereinbar sind.

Schließt man aber diese Folgerungen aus, bleibt unklar, welche Rückschlüsse für ein Wahlprogramm aus der Beantwortung der Frage gezogen werden sollen.

**Verschiedenes**

**Antrag Nr. 73/II/01 (vertagt vom LPT 07.04.01)  
KDV Reinickendorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Vergabe von Freikarten für PolitikerInnen für aus Steuermitteln subventionierte kulturelle Veranstaltungen (z.B. Oper, Theater, Konzerte) wird gestrichen.

**73/II/02**

**Annahme i.d.F.d.AK**

Die Vergabe von Freikarten an Mandatsträgerinnen und Mandatsträger für aus Steuermitteln subventionierte kulturelle Veranstaltungen (z.B. Oper, Theater, Konzerte) soll weiter reduziert werden.

**Antrag Nr. 76/II/01 (vertagt vom LPT 07.04.01)  
ASG Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Zur Bekämpfung von Gewalt, auch gegen Frauen und Kinder, Extremismus und Radikalismus auch aus gesundheitspolitischer Sicht, soll neben der Auszeichnung von Behältnissen mit alkoholischen Getränken, insbesondere Bierbüchsen, *Alkohol gefährdet die Gesundheit*, auch die Pflicht für folgende Auszeichnung bestehen: *Alkohol fördert Gewalt*.

**76/II/01**

**Ablehnung**

**Antrag Nr. 27/II/02**

**AG 60 plus Berlin**

**Die Landesparteitag möge beschließen:**

Die Landesdelegiertenkonferenz der AG 60 plus ersucht den Landesparteitag der SPD Berlin, den Bundesparteitag der SPD, sich dafür einzusetzen, daß alle Personen, die als leitende Persönlichkeiten dem Land Berlin finanziellen Schaden zugefügt haben, mit ihren privaten Besitzungen und ihrem Einkommen - gleich welcher Art - haftbar gemacht werden.

**27/II/02**

**Erledigt**

**Antrag Nr. 28/II/02**

**AG 60 plus Berlin**

**Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Die Landesdelegiertenkonferenz der AG 60 plus ersucht den Landesparteitag der SPD Berlin, den Bundesparteitag der SPD, sich dafür einzusetzen, daß der im Landkreis Ostprignitz-Ruppin gelegene Bombenabwurfplatz sobald als möglich wieder einer friedlichen Nutzung zugeführt wird.

**28/II/02**

**Nichtbefassung**



**Initiativantrag Nr. 1**

**Landesparteitag vom 16.02.02**

(eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der Senat und die Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass für die Auszubildenden und Beamtenanwärter, die zur Zeit ihre Ausbildung in der Hauptverwaltung und in den Bezirken beenden oder vor kurzem beendet haben, mindestens eine vorübergehende Beschäftigung geschaffen wird.

Diese Regelung entspricht der bereits in den vergangenen Jahren praktizierten Übung und soll mindestens noch in diesem Jahr fortgesetzt werden.

**Beschluß: Überweisung an AH-Fraktion**

**Initiativantrag Nr. 2**

**Landesparteitag vom 16.02.02**

(eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden gebeten den Senat zu veranlassen, dass Auszubildende beim Land, wie bisher, nach Beendigung der Ausbildung weiterhin eine befristete Weiterbeschäftigung von einem Jahr erhalten.

**Beschluß: Überweisung an AH-Fraktion**

Berlin, den 18.02.2002/MW